



Rote Havelland



WINTER
2016/17

Informationsblatt der Linksfraktion im Kreistag Havelland

DIE LINKE im Kreistag Havelland – Eine Halbzeitbilanz

DIE LINKE.
Fraktion im Kreistag Havelland

Seit der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 ist DIE LINKE mit zehn Fraktionsmitgliedern im havelländischen Kreistag vertreten. Wie schon in der vorangegangenen Wahlperiode wird das Gremium von einer so genannten Zählergemeinschaft (ähnlich einer Koalition auf Bundes- oder Landesebene) dominiert, diesmal besteht sie aus SPD, CDU und FDP/Bauern/Familie, die zusammen über mehr als 60 % der 57 Sitze verfügen. Bündnis90/Die Grünen sind mit fünf Mandatsträger*innen vertreten. Leider schaffte es neben der AfD (4) auch die NPD in den Kreistag, die allerdings mit 2 Mandatsträgern keinen Fraktionsstatus besitzen.

Für ein I(i)ebenswertes Havelland

Wir bringen uns aktiv und konstruktiv in die Arbeit des Kreistages ein, auch wenn unsere Anträge in unschöner Regelmäßigkeit von der Zählergemeinschaft mit nicht selten irrationalen Begründungen abgelehnt werden. Dennoch setzen wir durch unsere Arbeit Themen und können durch unseren Druck einiges erreichen.

In unserem Wahlprogramm haben wir versprochen, für ein I(i)ebenswertes Havelland, für konkrete Verbesserungen für ALLE Einwohner*innen unseres Landkreises zu kämpfen. Und genau das tun wir. So setzen wir uns bei den Debatten zum Kreishaushalt regelmäßig für die Senkung der Kreisumlage, also der Abgaben der Städte und Gemeinden an die Kreisverwaltung, ein, um so den Kommunen mehr Handlungsspielräume für freiwillige Leistungen wie die Förderung von Sport und Kultur zu eröffnen. Ins selbe Horn stieß unsere immer wieder erhobene Forderung

nach einer besseren finanziellen Ausstattung des „Goldenen Plans Havelland“. Mit diesem kreiseigenen Instrument werden Sportvereine bei ihren Investitionen in die eigene Infrastruktur, beispielsweise in Sportplätze, unterstützt.

Ganz besonders liegt uns am Herzen, dass die Kinder und Jugendlichen die Förderungen erhalten, die sie brauchen. Deshalb haben wir uns unter anderem für die Schaffung von Stellen für die Schulsozialarbeit und die auskömmliche Finanzierung für Maßnahmen der Kinder- und Jugendberufshilfe eingesetzt.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit war das Problem des Grundhochwassers vor allem im Westhavelland. Immer wieder brachten wir das Problem auf die Tagesordnung, forderten zum Beispiel ein Gutachten, das dem Problem auf den Grund geht und Lösungsansätze anbietet. Denn den betroffenen Bürger*innen ist es nicht zuzumuten, dass in Jahren mit starken Regenfällen Keller volllaufen und Wiesen und landwirtschaftliche Nutzflächen unter Wasser stehen. Einen Teilerfolg konnten wir hierbei erreichen: Im Unterausschuss wurde eine Arbeitsgruppe „Grundwasser“ eingerichtet, die sich aus Vertreter*innen des Kreistages, der Verwaltung, der Bürgerinitiative und von Umweltverbänden zusammensetzt, um diese Problematik breit zu diskutieren.

Wir haben aber auch europäische Entwicklungen und deren Auswirkungen auf den Landkreis im Blick. So haben wir einen Antrag „Transparenz bei Freihandelsabkommen TTIP und CETA – Kommunale Daseinsvorsorge schützen“ gestellt, zu dem wir auch eine Veranstaltung mit dem

Europapolitiker Helmut Scholz (DIE LINKE) in Rathenow organisiert haben, um uns mit den Risiken dieser Abkommen auf kommunaler Ebene auseinanderzusetzen.

Weitere Schwerpunkte unserer Aktivitäten im Kreistag waren die Einführung einer Gesundheitskarte für Geflüchtete, ausreichend Deutsch- und Integrationskurse, der soziale Wohnungsbau, die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze und der Kampf um die Verbesserung der Situation Arbeitssuchender und SGB II-Empfänger*innen im Havelland.

Ganz besonders wichtig war uns auch der Kampf um Weltoffenheit und Toleranz – im Kreistag und auf der Straße. In den vergangenen Monaten hat es immer wieder fremdenfeindliche und rassistische Kundgebungen und Demonstrationen gegeben. Wir waren mit unseren Abgeordneten vor Ort und haben gemeinsam mit Initiativen, Vereinen und Verbänden gezeigt, dass das Havelland bunt und tolerant ist. Und auch im Kreistag haben wir – nach dem Turnhallenbrand in Nauen – eine Resolution initiiert, bei der sich die demokratischen Parteien im Kreistag klar gegen Rassismus und Gewalt positioniert haben.

Die Wahl eines neuen Landrates

Nachdem Landrat Dr. Burkhard Schröder am Jahresanfang überraschend seinen Rückzug bekannt gegeben hatte nominierte DIE LINKE. Havelland unser Fraktionsmitglied Harald Petzold als Kandidaten. In einem engagierten Wahlkampf zeigten wir als LINKE die Möglichkeiten hin zu einem sozialen, ökologischen und gerechten Havelland auf. Mit Themen wie Mitbestimmung, kommunale Energieversorgung, kommunaler Wohnungsbau und elternbeitragsfreie Schüler*innen-Beförderung ging Harald Petzold ins →

Fortsetzung von S. 1

Rennen. Leider unterlag er den Bewerbern von SPD und CDU. Nach dem Scheitern der Direktwahl des Landrats war klar, dass der Kreistag den nächsten Landrat wählt. Deshalb haben wir mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine mögliche Zusammenarbeit ausgelotet. Ein Politikwechsel im Havelland hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe und Nachhaltigkeit wäre möglich gewesen, scheiterte aber trotz guter Vorgespräche am letztlich nicht vorhandenen ernsthaften Willen der SPD für einen solchen Wechsel.

Ausblick

Wir werden uns weiterhin – getreu dem Motto unseres Wahlprogramms „Für ein l(i)ebenswertes Havelland“ – konstruktiv und mit aller Kraft für die Verbesserung der Lebensgrundlagen der Einwohner*innen unseres Landkreises stark machen. Dabei ist uns eine gelebte Integration von zu uns kommenden Menschen genauso wichtig wie gleiche



Zugangschancen zu Bildung, Kultur und gesellschaftlicher Teilhabe für alle im Landkreis lebenden Menschen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und die Anglei-

chungen der strukturellen Bedingungen im Ost- und Westhavelland werden weitere Schwerpunkte sein.

Andrea Johlige

Erste Bewährungsprobe der Zählgemeinschaft gründlich schief gegangen

Die Haushaltsberatung ist die jährliche „Sternstunde“ der Kommunalvertretung. Mit dem Haushalt werden schließlich die Weichen für das kommende Haushaltsjahr gestellt, also wird festgelegt, wofür im Landkreis das Geld ausgegeben werden darf. Wir hatten als LINKE dazu einige Anträge gestellt. Unser Schwerpunkt war dabei die Senkung der Kreisumlage. Die Kreisumlage wird durch die Kommunen an den Landkreis für die Erledigung seiner Aufgaben gezahlt. Sie wird vom Kreis festgelegt und orientiert sich an seinem Bedarf. Zwar wies der Haushaltsentwurf des Landkreises ein Defizit aus, was eine höhere Kreisumlage als in den vergangenen Jahren gerechtfertigt hätte, jedoch waren nicht alle zu erwartenden Einnahmen im Haushalt berücksichtigt. So ist bekannt, dass der Landkreis eine Erstattung des Landes aus Vor-

haltekosten für leer stehende Asylunterkünfte bekommen wird, diese war jedoch nicht berücksichtigt. Wir sprachen uns dafür aus, die Kreisumlage von den geplanten 44,5% auf 42,5% zu senken. Die Forderung deckte sich auch mit der vieler Bürgermeister im Havelland.

So erwarteten wir bei der Kreistagssitzung am 5. Dezember eigentlich eine spannende Haushaltsberatung. Doch wenige Tage vor der Kreistagssitzung teilte der Landrat Roger Lewandowski mit, dass er den Punkt Haushalt von der Tagesordnung nimmt. Mit übrigens genau der Begründung, die wir vorgebracht haben. Aber stimmt diese? Wenn man die lokale Presse liest, ergibt sich ein anderes Bild, und das lässt tief blicken. Dort erfahren wir, dass der Kreisvorsitzende der SPD, Martin Gorholt (der nebenbei auch Landratskandidat war, aber gescheitert ist), – entgegen vorheriger Absprachen in

der Zählgemeinschaft – den Haushalt in letzter Minute verändern wollte. Die CDU wollte ihn dennoch verabschieden. Und so sah sich der Landrat gezwungen, den Haushalt von der Tagesordnung zu nehmen. Wir finden das politisch erst einmal in Ordnung, wenn denn am Ende tatsächlich dabei raus kommt, dass die Städte und Gemeinden entlastet werden.

Ein solches Vorgehen des SPD-Vorsitzenden, auch noch unter Gesichtverlust seines eigenen Finanzdezernenten, kann man deshalb auch so deuten, dass er nicht will, dass der neue Landrat einen Erfolg feiert und seinen ersten Haushalt unbeschadet durchbringt. Damit ist dieser erst einmal geschwächt. Gleichzeitig heißt das aber auch, dass die Zählgemeinschaft ihre erste große Bewährungsprobe nach der Landratswahl erfolgreich in den Sand gesetzt hat. Gerade beim wichtigsten Projekt des Jahres – dem Haushalt – dem neuen Landrat eine solche Niederlage beizubringen, wird dieser sich mit Sicherheit für einige Zeit merken.

Bleibt also eigentlich nur eine Frage: Wenn der Landrat also gleich bei der ersten großen Bewährungsprobe so vorgeführt wird, welchen Wert hat dann noch eine Zählgemeinschaft?

Andrea Johlige

Verwaltungs- strukturreform

Eine persönliche Sicht

Landauf und landab wird über die Sinnhaftigkeit und die Notwendigkeit der Verwaltungsstrukturreform debattiert. Die Meinungen dazu gehen sehr weit auseinander. Interessanterweise werden die Diskussionen nahezu ausschließlich aus den Reihen der Verwaltungen geführt. Befragt man die Leute auf der Straße, ist eigentlich nur zu hören, dass man es nicht möchte und es zu lange Wege für die Menschen werden.

Wohnortnahe Bürgerservicestellen

In meinem Bekanntenkreis habe ich mal versucht herauszubekommen, wer überhaupt schon einmal den Landkreis wegen eines Problems aufgesucht hat. Die Antwort, die ich bisher häufig erhalte: Kfz-Zulassung. Klar ist doch, dass die Probleme oder Anfragen an die Kreisverwaltung zu lösen sind. Aber niemand wird für eine Kfz-Zulassung weiter fahren müssen als jetzt. Denn es sollte doch klar sein, dass in größeren Städten bei neuen Kreisstrukturen wohnortnahe Bürgerservicestellen einzurichten sind.

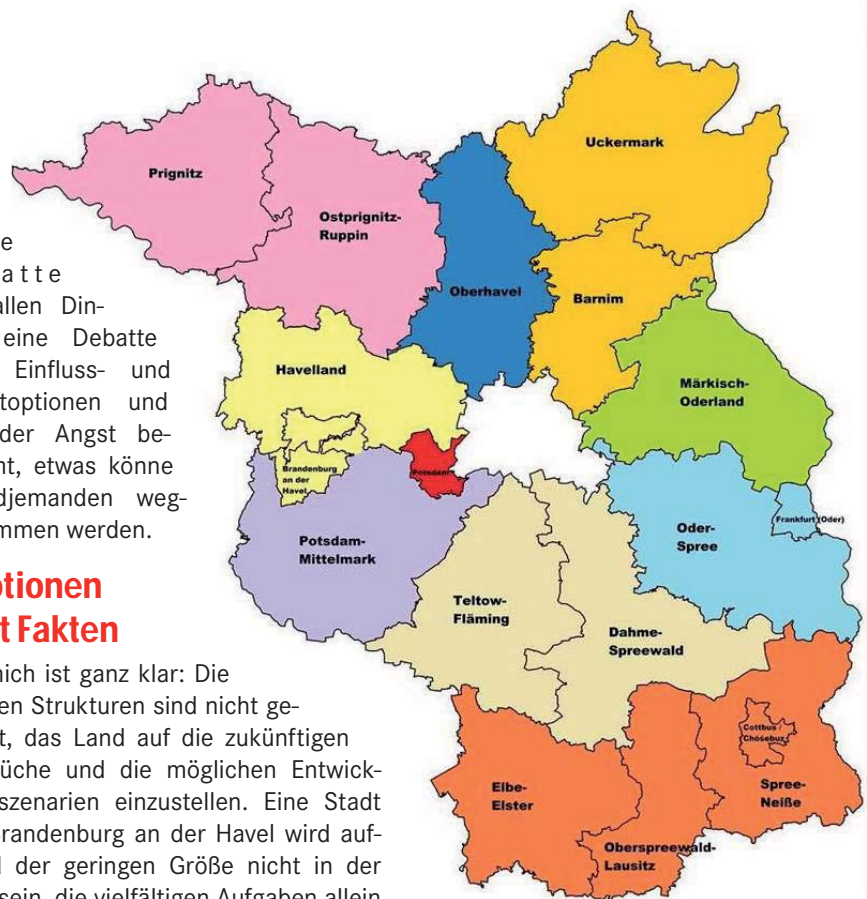
Ich behaupte, dass kein/e Bürger*in der neuen Landkreise weitere Wege gehen oder fahren muss, wenn die Strukturen ordentlich organisiert werden. Daher ist

diese Debatte vor allen Dingen eine Debatte über Einfluss- und Machtoptionen und von der Angst bestimmt, etwas könne irgendjemanden weggenommen werden.

Emotionen statt Fakten

Für mich ist ganz klar: Die jetzigen Strukturen sind nicht geeignet, das Land auf die zukünftigen Umbrüche und die möglichen Entwicklungsszenarien einzustellen. Eine Stadt wie Brandenburg an der Havel wird aufgrund der geringen Größe nicht in der Lage sein, die vielfältigen Aufgaben allein zu lösen und die Finanzen in den Griff zu bekommen. Langfristig führen größere Verwaltungseinheiten immer zu effektiveren und kleineren Verwaltungsstrukturen – auch ein Weniger an Angestellten.

Ob es dieser Weg sein muss, mag dahingestellt sein. Ich werfe aber der CDU und deren Unterstützer*innen vor, dass es ihnen nur um die Verhinderung und gegen die Rot-Rote Landesregierung geht und nicht um die Zukunftsfähigkeit des Landes. Denn sonst hätten sie Vorschläge unterbreitet, wie sich die Verwaltungsstrukturen in den nächsten 30 Jahren



Vorschlag der Landesregierung zur Neuaufteilung der Landkreise.

entwickeln sollen. Und es geht um Emotionen und viel zu wenig um Fakten! Ja, der Landesregierung ist ein Vorwurf zu machen: Es wäre besser gewesen, erst die Dinge zu regeln, die die Bürger*innen unmittelbar betreffen könnten. Dazu gehören Polizei, Gerichte, Stärkung ehrenamtlicher Strukturen und Bürgerservice. Hinterher ist man jedoch immer klüger...

Daniel Golze

LINKS wirkt:

Die Schloss Ribbeck GmbH erhält einen Aufsichtsrat

Auf Antrag unserer Fraktion beschloss der Kreistag Havelland bei seiner Sitzung am 5. Dezember, einen Aufsichtsrat für die Schloss Ribbeck GmbH zu bilden.

Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu öffentlicher Kontrolle und Begleitung

der geschäftlichen Tätigkeiten der Geschäftsführung dieses kreiseigenen Unternehmens. Bisher war die Schloss Ribbeck GmbH das einzige kreiseigene Unternehmen ohne ein solches demokratisches Kontrollgremium. Gerade die öffentlichen Unternehmen

sollten beim Thema Transparenz und Kontrolle eine Vorreiterrolle spielen. Die Größe und Besetzung des Aufsichtsrates werden bis zur kommenden Kreistagssitzung im zuständigen Ausschuss geklärt. Außerdem müssen noch erforderliche Veränderungen am Gesellschaftsvertrag vorgenommen werden.

Andrea Johlige

Willkommen in Premnitz

Im Jahr 2013 wurde bekannt, dass in Premnitz Flüchtlinge untergebracht werden sollen. Der damalige Landrat Dr. Schröder (SPD) erachtete es nicht als notwendig, mit der Verwaltung der Stadt Premnitz und den gesellschaftlichen Kräften der Stadt zusammen zu arbeiten und diese über geplante Vorhaben zu informieren.

Infolge entstand eine gewisse Unruhe und Abwehrhaltung in Teilen der Bürgerschaft. Eine durch den damaligen Bürgermeister Roy Wallenta gebildete Arbeitsgruppe Asyl, in welcher ich DIE LINKE als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung vertrat, wirkte dem wirksam entgegen.

Mit der Ankunft der Asylbewerber*innen und der Eröffnung des Heimes in der Waldstraße Mitte des Jahres 2014 entspannte sich die Abwehrhaltung deutlich.

Mein persönliches Anliegen war stets, mit den Anwohnern in der Nähe des Heimes in der Waldstraße in Kontakt zu bleiben und auch sofort mit der Heimleitung und seinen Bewohner*innen ins Gespräch zu kommen.

Eine sehr enge Beziehung, die bis zum heutigen Tag Bestand hat, baute sich zu den französisch sprechenden Flüchtlingen aus Kamerun auf.

Willkommensfest und Fahrradwerkstatt

Als damaliger Präsident der Deutsch-Französischen Gesellschaft Premnitz e.V. gelang es mir, die Arbeit des Vereins mit der Betreuung der Kameruner Freunde zu verknüpfen. Über diesen Weg gelang es, Fördermittel vom „Bündnis Demokratie leben Rathenow-Nauen-Westhavelland“ zu erhalten und mit anderen gesellschaftlichen Partnern und engagierten ehrenamtlichen Helfer*innen ein Willkommensfest in der „Arche“, dem Gemeindesaal der evangelischen Kirchengemeinde Premnitz, durchzuführen.

Mit diesen Fördermitteln wurden weiterhin Trommeln gekauft und die mittlerweile im gesamten Havelland bekannte Gruppe „AllTromm“ gebildet.

Als Mitglied des „Radteam Rathenow 91 e.V.“ konnte ich den Vereinsvorstand davon überzeugen, bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse Fördermittel für die Einrichtung einer Fahrradwerkstatt für Asylbewerber*innen und die Anschaffung von drei Rennrädern für zwei Kameru-

ner und einen tschetschenischen Flüchtling, die in den Verein eintreten wollten, zu beantragen. Mit den bewilligten Mitteln konnten die gesteckten Ziele umgesetzt werden und vielen Asylbewerber*innen geholfen werden, indem ihnen reparierte Fahrräder, die von Bürger*innen gespendet wurden, übergeben werden konnten.

Wohnraum und Arbeit

Mittlerweile zeichnet sich eine neue Qualität in der ehrenamtlichen Betreuung der Flüchtlinge ab. Der Integrationsprozess wird vor allem über die Beschaffung von Wohnraum und Arbeit und die Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben der Kommune bestimmt. Die bereits spürbare Entbürokratisierung des Verwaltungsaufwandes muss noch mehr reduziert werden. Es ist zum Beispiel nicht zu verstehen, dass es drei Monate Zeit braucht bis ein Antrag auf Arbeitsbewilligung genehmigt oder abgelehnt wird.

Die Information der ehrenamtlichen Betreuer*innen und deren Zusammenwirken sind in letzter Zeit durch die Erstellung von Gruppen und deren Vernetzung wesentlich verbessert worden und sollte weiter entwickelt werden.

DIE LINKE ist dazu bereit, sich dabei weiter aktiv einzubringen.

Wolfgang Hundt



Die Gruppe „AllTromm“ während des Toleranzfestes auf dem Märkischen Platz in Rathenow.

Kommunen müssen handlungsfähig bleiben

Am Ende hat der seit Sommer 2016 im Amt befindliche Landrat Lewandowski wahrscheinlich doch ein Zeichen setzen wollen: Die Zeiten der gnadenlosen Zurückweisung der Einwendungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden gegen die Entwürfe der Haushaltssatzungen des Landkreises, vor allem aber gegen eine Kreisumlage, die vielen Gemeinden die Luft zum Atmen nimmt, ist vorbei. Kurz vor der entscheidenden Kreistagsitzung vom 5. Dezember kam die Entwarnung: der Satzungsentwurf würde zurückgezogen und überarbeitet. Zu offensichtlich war diesmal die intransparente Fehlplanung seitens der Kämmerei und des zuständigen Dezernenten.

Dabei kamen Dinge zur Sprache, die unter der Ägide des vorherigen Landrats scheinbar „guter Ton“ in der Finanzverwaltung gewesen zu sein scheinen: Unterdeckung des Personalhaushaltes, „Sparbüchsen“ der Verwaltung mittels undurchsichtiger Rücklagenbildung, Nichtberücksichtigung aller möglichen Zuweisungen und Zuflüsse in den Haushalt bei seiner Planung usw. usf. Das Ende vom Lied war



dann im Regelfall eine Mehrbelastung der Kommunen durch die Kreisumlage – sozusagen die Solidarfinanzierung des Landkreises durch seine Städte und Gemeinden –, die höher war, als tatsächlich notwendig. Mehreinnahmen flossen nur ein einziges Mal an die Gemeinden zurück, meist erhöhten sie allerdings weiter die Rücklagen und sorgten dafür, dass der Landkreis nach außen finanziell gut und stabil dastehen konnte.

Damit keine Irrtümer aufkommen: Diese Praxis ist rechtlich nicht angreifbar. Politisch anrühlich ist sie allerdings allemal.

In diesem Jahr könnte Schluss damit sein. Dank der Beharrlichkeit der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die erneut sehr detailliert und faktenreich die o.g. Planungs-Undurchsichtigkeiten aufgedeckt haben, und dank der LINKEN Opposition, die erneut eine Absenkung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt in den Mittelpunkt ihrer Forderungen zur Änderung der Haushaltssatzung 2017 gestellt und damit den Städten und Gemeinden auch im Kreistag eine Stimme gegeben hat.

Harald Petzold

Spagat zwischen Ware und Daseinsfürsorge

Krkrank zu werden ist längst zum Armutrisiko geworden, Gesundheitsangebote inzwischen eine Ware und der neoliberalen Logik folgend zuerst Gegenstand von Kosten-Nutzen-Rechnungen. Dabei gilt es, „Kosten“ zu senken, Aufwand zu minimieren, Personal zu reduzieren... eben: sich Ausgaben zu sparen, um Gewinne zu erhöhen.

Nicht ganz so im Havelland. Denn privat ist nicht gleich privat. In unserem Kreis ist das Geschäft mit der Gesundheit wenigstens in öffentlicher Hand, sprich: der Kreis ist alleiniger Gesellschafter des Gesamtkonzerns „Havelland-Kliniken“. Damit sind die Gewinne nicht zuerst

Gegenstand des Interesses von gewieften Geschäftsführer*innen und renditeinteressierten Aktionär*innen. Gesundheitspolitische Ziele stellen einen nicht unwesentlichen Teil des Orientierungsrahmens für das unternehmerische Handeln dar. Soziale (Mit-)Verantwortung äußert sich in Haustarifverträgen, die auf jeden Fall gesetzlichen Mindestlohn garantieren. Schließlich hat der Landkreis über Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung eine Mitsprache- und Kontroll-Möglichkeit.

Die Stärke dieses öffentlichen Gesundheitsangebots liegt aber vor allem in seinem Netzwerk-Charakter. Medizinische Dienst-

leistungszentren ermöglichen in Kooperation mit den Kliniken Nauen und Rathenow sowie Pflegezentren kurze Wege und regionale Gesundheits-Wirtschafts-Kreisläufe. DIE LINKE unterstützt diesen komplexen Ansatz und fordert seine gesetzliche Absicherung in den künftigen Ausführungsgesetzen zur Verwaltungsstrukturreform.

Harald Petzold

**Gesundheit
ist keine Ware**

DIE LINKE.

Prozess gegen Nauener Nazizelle hat begonnen

Am 24. November hat der Prozess gegen sechs Männer aus der rechtsextremen Szene wegen einer ganzen Anschlagsserie 2015 in Nauener vor dem Landgericht Potsdam begonnen. Elf Verhandlungstage sind bis zum 24. Januar 2017 dafür angesetzt. Ich begleite den Prozess als Besucherin, um mehr über die vermeintlichen Täter und ihre Strukturen zu erfahren und natürlich, um darüber berichten zu können.

Maik Schneider (NPD) gilt als Kopf der Gruppe, der vorgeworfen wird, eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben. Als solche sollen sie unter anderem für den Brandanschlag auf eine Turnhalle in Nauener, die als Unterkunft für Geflüchtete genutzt werden sollte und völlig zerstört wurde, einen Sprengstoffanschlag, weitere Brandanschläge auf ein Auto und eine



Die völlig ausgebrannte Turnhalle in Nauener.

DIXI-Toilette vor einer damals im Bau befindlichen Unterkunft für Geflüchtete sowie eine Farbbeutel-Attacke auf das Büro unserer Partei verantwortlich sein. Neben Schneider sitzen Dennis W., Christopher L., Sebastian F., Christian B. und Frank E. auf der Anklagebank.

Während die anderen Angeklagten am ersten Verhandlungstag die Strategie verfolgten, sich selbst als unpolitisch und leicht beeinflussbar darzustellen, nur auf Anweisung Schneiders gehandelt zu haben und Teilgeständnisse ablegten gab sich Schneider zum Teil unwissend, zum Teil (ver)wirr(end).

Leider scheint sich das Gericht wenig für die politischen Hintergründe der Angeklagten zu interessieren. Zumindest bei fünf von ihnen kann man davon ausgehen, dass sie fest in der regionalen Naziszene verankert sind, hochaktiv waren und gut mit Strukturen in Ostprignitz-Ruppin, Potsdam und Potsdam-Mittelmark vernetzt sind. Ich hoffe sehr, dass dieser politische Hintergrund an den folgenden Prozesstagen eine größere Rolle spielen wird und die Angeklagten nicht mit ihrer Legende durchkommen, sie seien nur ein bisschen frustriert gewesen.

Andrea Johlige

Interkultureller Begegnungsraum B80 in Falkensee

In bester Lage, in der Bahnhofstraße 80, etablierte die Willkommensinitiative Falkensee einen Begegnungsraum, der als offener Raum für Gruppen und zum Informationsaustausch dienen soll, in Form von Beratungsstunden und kulturellen Angeboten für alle Alt- und Neufalkenseer*innen.

Für all die interkulturellen Aktivitäten und Begegnungen die bereits in der Stadt Falkensee stattfinden wollen wir eine Fotowand entstehen lassen, auf der jene Aktionen gezeigt werden. Ein Anfang wurde

gemacht, die Wand darf wachsen...

Themen wie Sprachunterricht, Ausbildung, Beschäftigung und Wohnen sowie rechtliche Hilfe sind in der B80 ebenso verankert,

wie wöchentliche Termine: ein Offenes Café am Samstag von 16 - 18 Uhr, eine Kunstwerkstatt für Kinder und Jugendliche am Mittwoch von 14 - 17 Uhr sowie monatliche Themenabende: persische/kurdische/russische Abende bzw. ein Regenbogencafé für die schwul-lesbische Community in Falkensee.

Filmvorführungen mit anschließender Diskussion, politische aktuelle Hintergrundinfos via Skypeverbindungen in verschiedene Regionen oder musikalische Events sollen das Stadtleben interkultu-

rell bereichern.

Die B80 als ein Ort, in dem sich die Diversität der Stadt widerspiegelt. All das, was zugezogene Menschen mitbringen, kann im Austausch als Bereicherung sichtbar gemacht werden. Jede/r soll sein Wissen und seine Hilfe anbieten können, um einen Beitrag für ein noch besseres Zusammenleben in der Stadt zu leisten.

Das aktuelle Programm finden Sie hier: <http://www.willkommen-in-falkensee.org>

Die Koordination B80 (Valerie Naske) erreichen Sie unter 0157/7407 03 84. Zur Erleichterung der Koordination sollen BFD-Stellen (Bundesfreiwilligendienst) eingerichtet werden. Wer daran Interesse hat kann sich gern melden.

Kathleen Kunath („Willkommen in Falkensee“)



Nils Oskamp (li.) und Harald Petzold während des Workshops. (Foto: Erich Guist)

Demokratieerziehung mit unkonventionellen Mitteln

Manchmal muss man zu ungewöhnlichen Mitteln greifen, um in der Flut der täglichen Ereignisse und Nachrichten vorzukommen. Oder aber – wie es im Lehrerstudium so schön heißt: Die Schüler*innen dort abholen, wo sie sind.

Comic über rechte Gewalt

Comics sind so ein Mittel. Ob als Manga, Karikatur oder graphic novell – sie bestimmen die Erlebniswelt zahlreicher Jugendlicher. Was liegt also näher, als sie auch zu nutzen, um sich über aktuelle Entwicklungen oder Zeitgeschichte auseinander zu setzen. Der graphic-novell-Künstler Nils Oskamp hat mittels eines Comics seine Jugend-Erlebnisse mit Neonazis und ihren Hintermännern, mit rechtsextre-

mer Gewalt und seinem Widerstand dagegen öffentlich und durch die Wahl des Kunst-Mediums Jugendlichen gut nachvollziehbar gemacht. Mehr noch: Er hat ein Konzept entwickelt, junge Leute dafür zu begeistern, selbst mit derartigen Comics ihre Sicht auf die Entwicklungen in der Welt, vor allem aber mit Gewalt, Intoleranz und Aggressivität aufzuarbeiten und öffentlich in den Diskurs einzubringen. Mit einem Workshop dazu war er im September an der Immanuel-Kant-Gesamtschule Falkensee zu Gast. Schüler*innen der dortigen 11. Klasse hatten sich im Schuljahr davor mit Bildern und Collagen am Wettbewerb „Zivilcourage vereint!“ der LINKEN Bundestagsfraktion beteiligt und waren vom Abgeordneten Harald Petzold als Preisträger ausgezeichnet worden.

Theater als Reflektion

Auch an anderen Schulen im Havelland kommen künstlerische Mittel zur Anwendung, um sich gegen Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus – alles Dinge, die unser demokratisches Zusammenleben gefährden – zur Wehr zu setzen. Mittels des Theaterstücks „Wir 2015“ reflektierten Schüler*innen der 10. Jahrgangsstufe des Leonardo-da-Vinci-Campus Nauen ihr Leben und ihr Umfeld, in dem kurz vorher eine für die Unterbringung von Flüchtlingen hergerichtete Turnhalle von Neonazis angezündet worden und abgebrannt war. Daneben führt die Schule regelmäßig Zeitzeugengespräche und Gedenkstättenfahrten durch. Ungewöhnliche, aber vor allem nachhaltige Mittel zur Erziehung junger Menschen in Sachen Demokratie.

Harald Petzold

„Mir leb`n ejbig. Mir senen do!“

Als die Mitglieder des jüdischen Kabarettts von Krakow 1943 in die Vernichtungslager der Nazis deportiert wurden, verabschiedeten sie sich mit einem Lied von ihrem Publikum, das an Trauer und gleichzeitiger Lebensfreude seinesgleichen sucht: **Wir leben ewig, auch wenn die Welt brennt, wir leben ewig und werden immer da sein.**

Der Aktionskünstler Gunter Demnig hat mit seiner Aktion „Stolpersteine“ dazu beigetragen, dass viele der jüdischen Naziopfer tatsächlich derartig unsterblich geworden sind und sich damit diesem ewigen Leben angenommen. Im Beisein unserer Kreistagsfraktionsvorsitzenden Andrea Johlige verlegte er im September acht Stolpersteine in Nauen, im November im Beisein unseres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Harald Petzold zehn in Falkensee. Beide hatten jeweils die Patenschaft über einen der verlegten Steine übernommen. Bei den Verlegungen waren auch viele Menschen aus beiden Orten anwesend. Harald Petzold begleitete ihn in Falkensee auf der Geige



Stolpersteine in Falkensee.

und versetzte die Anwesenden mit Klezmer-Musik klanglich in die Lebenswelt der Geehrten.

„Wer einen Stolperstein betrachtet, verbeugt sich automatisch und ehrt damit unsere ehemaligen Nachbarn. Wir wollen den Verfolgten, den Opfern ihre Namen zurückgeben“, betonte die Sprecherin der Stolpersteine-Initiative Falkensee, Dr. Ines Oberling. Für Harald Petzold war be-

sonders die Anwesenheit zahlreicher junger Menschen – u.a. Schüler*innen der Immanuel-Kant-Gesamtschule und Konfirmations-Unterrichts-Teilnehmer*innen des evangelischen Kirchenkreises Finkenkrug – sehr bedeutsam. An ihnen sei es, auch künftig das Gedenken an die Verbrechen der Nazibarbarei wachzuhalten und weiterzugeben.

Harald Petzold

„Die Freunde der toten Kinder“

Erstmals hat diese Gruppe für Aufruhr gesorgt, als sie bei einer Demonstration des fremdenfeindlichen „Bürgerbündnisses Havelland“ große Bilder an eine Hauswand am Märkischen Platz projizierte.

Wer genau hinter den „Freunden der toten Kinder“ steckt, ist niemanden bekannt. Die Künstlergruppe möchte jedoch offensichtlich nicht über ihre Bekanntheit der Personen, sondern über die Kunst und die Aktionen definiert werden. Zudem dürften auch Befürchtungen eine Rolle spielen, angegriffen zu werden.

Der Name ist eine Anspielung auf die noch immer im Mittelmeer bei der gefährlichen Flucht ertrinkenden Menschen

und soll insbesondere an die dabei sterbenden Kinder erinnern.

Überregionale Aufmerksamkeit erhielt die Gruppe, als sie bei einer Kundgebung des „Bürgerbündnisses“ im April 2016 ein großes Plakat am Kulturzentrum Rathenow enthüllte. Der Führer des „Bürgerbündnisses“ fühlte sich davon beleidigt, verständigte die Polizei und ließ das Plakat entfernen. Die Polizei beschlagnahmte dieses Plakat und die Staatsanwaltschaft hat bis heute, entgegen strafprozessualer Vorschriften, weder einen Beschlagnahmebeschluss verfügt, noch der Geschäftsführerin des Kulturzentrums mitgeteilt, auf welcher Rechtsgrundlage diese Beschlagnahme erfolgt.

Ende Oktober hat sich dann – nach un-

serer Auffassung – die Polizei erneut auf die Seite des „Bürgerbündnisses“ gestellt, ist gemeinsam mit einem Anzeigenersteller in das geschlossene Kulturzentrum eingedrungen und hat eine Begleitbroschüre der Werkschau der „Freunde der toten Kinder“ beschlagnahmt. Interessanterweise fehlten nach diesem Einsatz alle Broschüren dieser Ausstellung.

Für uns bleiben viele Fragen offen, die die Polizei und das Innenministerium des Landes bisher stets ausweichend zu beantworten versuchte.

Wir sind natürlich der Meinung, dass jeder das Recht hat, wenn er sich beleidigt fühlt, Anzeigen zu erstatten. Aber es kann nicht sein, dass die Polizei ohne Notwendigkeit und unverhältnismäßig reagiert.

Daniel Golze

Erfahrungen im Umgang mit der Grundsicherung

DIE LINKE bietet in Falkensee seit 2006 den Rahmen für ein regelmäßiges offenes Treffen, bei dem sich Menschen in Hartz IV-Bezug mit der Unterstützung von Rechtsanwalt Hendryk Heinecke über ihre vielfältigen Probleme austauschen und gegenseitig helfen können.

Ausgangspunkt für die regelmäßige öffentliche Beratung war die Bildung der „Initiativgruppe gegen die Inanspruchnahme selbstgenutzten Wohneigentums“ im Jahr 2006. Die ARGE (heute Jobcenter) verweigerte damals Hausbesitzer*innen in Hartz IV-Bezug jegliche Leistung mit der Begründung, dass Haus und/oder Grundstück zu groß seien und daher verwertbares Vermögen darstellen. ALG II sollte nur noch als Darlehen gewährt werden. Die Betroffenen wurden aufgefordert, den Landkreis Havelland mittels einer Sicherungshypothek als Darlehensgeber in das Grundbuch aufzunehmen. In Falkensee, das stark von Einfamilienhäusern geprägt ist, hätte das für viele Menschen den möglichen Verlust ihrer Häuser und damit vor allen Dingen ihrer Alterssicherung bedeutet.

Durch die offensive Auseinandersetzung mit dem Problem und eine schnelle Verbreitung der Nachricht, dass solche Angriffe auch abgewehrt werden konnten, haben wir auch für Betroffene in anderen Städten und Gemeinden nicht nur im Havelland Zeichen gesetzt.

Die Arbeit im Jugendhilfeausschuss

Der Jugendhilfeausschuss ist neben der Verwaltung Bestandteil des zweigliedrigen Jugendamtes. Als beschließender Ausschuss ist er für alle Angelegenheiten in der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe zuständig. Es handelt sich um ein kommunales Verfassungsorgan. Mit dieser Zweigliedrigkeit nimmt das Jugendamt in der Behördenlandschaft eine besondere Stellung ein.



Monatliche Beratung

Die gemeinsame öffentliche Beratung findet jeden ersten Mittwoch im Monat statt. Inzwischen werden auch Informationen zu Themen wie die Ermittlung der Regelsätze, das Bildungs- und Teilhabepaket, Rente und Hartz IV, Energiesparen oder Miete/Untermietverhältnisse gegeben. Zu ausgewählten Problemkreisen werden sachkundige Referent*innen eingeladen. Rechtsanwält*innen berichten regelmäßig über die neueste Rechtsprechung.

Aktuelle Informationen aus der Bundespolitik und vor allen Dingen aus der Politik des Landkreises komplettieren jede Veranstaltung. Es werden neue gesetzliche Vorgaben vorgestellt und Positionen und Vorschläge der LINKEN diskutiert. Die Kreistagsfraktion greift genannte Probleme auf und macht sie zum Gegenstand schriftlicher Anfragen an den Kreistag oder an die Ausschussberatungen, so zum Beispiel die Frage nach der Verwendung der Mittel für Bildung und Teilhabe

Während die Verwaltung die laufenden Geschäfte erledigt, hat der Jugendhilfeausschuss ein Beschlussrecht in allen grundsätzlichen Angelegenheiten der Jugendhilfe. Ihm gehören zehn stimmberechtigte Mitglieder an, sechs Mitglieder des Kreistages und vier Mitglieder, die auf Vorschlag der im Landkreis Havelland wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe vom Kreistag gewählt wurden. Daneben gehören dem Jugendhilfeausschuss auch noch beratende Mitglieder an.

oder nach den Bearbeitungszeiten im Jobcenter.

Reger Austausch und Hilfestellungen

Es gibt einen regen Austausch über die unterschiedlichsten Erfahrungen mit dem Jobcenter. Dies führt Einzelne aus der Sackgasse der persönlichen Isolation und hebt vor allen Dingen das Selbstwertgefühl der Beteiligten. Der regelmäßige Austausch untereinander macht die Vielfältigkeit aber auch die Vergleichbarkeit der verschiedenen Problemlagen deutlich.

Nicht Allen, aber Vielen konnte über die Jahre bei ihren verschiedensten Problemen mit Arbeitslosigkeit und Grundsicherung geholfen werden. Die offene Beratung bei der LINKEN in Falkensee ist heute zu einem bekannten Anlaufpunkt geworden für all jene, die Rat, Informationen und gegenseitige Unterstützung suchen oder selbst anbieten wollen.

Heidmarie Hinkel

Ein Schwerpunkt der Ausschussarbeit ist die Vergabe von PKR-Stellen (Stellen nach Personalkostenrichtlinie). Diese Stellen werden zu je einem Drittel vom Land, vom Kreis und vom jeweiligen Träger finanziert und sollen die Kontinuität von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit sichern. Durch die Aufstockungen durch das Land bekamen Gemeinden und Einrichtungen im Landkreis auch erstmals eine solche Stelle.

Renate Tschiersch

„Einen alten Baum verpflanzt man nicht“

Seniorenpolitik ist eine klassische Querschnittsaufgabe. Sie ist so vielfältig, wie eben auch Seniorinnen und Senioren unterschiedlichste Interessen und Problemlagen haben. Die Kreistagsfraktion hat im Jahr 2016 auf Themen in verschiedenen Lebensbereichen der älteren Menschen im Havelland aufmerksam gemacht. So haben wir im Mai eine Anfrage an den Kreistag gerichtet, wie viele ältere ALG II-Beziehende von der sogenannten „Zwangsverrentung“ betroffen sind, also einen Antrag auf frühzeitigen Rentenbezug mit Abschlägen vor Erreichen der Regelaltersgrenze stellen müssen. Dass es auch in unserem Landkreis Betroffene gibt, bestätigt uns darin, dass wir dringend Veränderungen sowohl der sozialen Absicherung von Langzeiterwerbslosen als auch von Rentnerinnen und Rentnern brauchen. Altersarmut muss verhindert werden!

Für die meisten Menschen gilt die Redewendung „Einen alten Baum verpflanzt man nicht.“, sie möchten gern so lange wie möglichen in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben. Wenn aber aufgrund des Alters, der Gesundheit und der baulichen Verhältnisse das Häuschen auf dem Dorf nicht mehr geeignet ist, braucht es bezahlbaren Wohnraum und ein gutes Wohnumfeld für ältere Menschen. Auch dies war Hintergrund dafür, im September den Antrag auf Einrichtung eines Runden Tisches „Sozialer Wohnungsbau“ in den Kreistag einzubringen. Die Wohnraumsituation ist im Ost- und Westhavelland und im städtischen bzw. ländlichen Bereich äußerst unterschiedlich. Wir hatten die Hoffnung, in so einem gemeinsamen Beratungsgremium auf Einladung des Landkreises die verschiedenen Interessen besprechen zu können. Auch die Unterstützung von Förder-



anträgen in Programmen des Bundes oder Landes hätten dort besprochen werden können. Leider scheiterte der Antrag an der Mehrheit aus SPD und CDU.

Wichtig ist für uns die aktive Beteiligung und Einbeziehung der Seniorenvertretungen im Landkreis. Wir freuen uns über die Aktivitäten des Kreissenorenbeirats und ermutigen dessen Mitglieder, noch stärker von

ihrem in der Hauptsatzung des Kreistages verankerten Recht Gebrauch zu machen, das ihnen ermöglicht, zu allen Maßnahmen und Beschlüssen, die Auswirkungen auf die Belange der älteren Menschen haben, gegenüber dem Kreistag Stellung zu nehmen. Wir werden ihre Anliegen gern begleiten und unterstützen.

Diana Golze

Unsere Fraktion stellt sich vor

Bei den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 bekam **DIE LINKE** im Havelland 29.595 WählerInnenstimmen, das entspricht einem Anteil von 17,1 %. Somit zogen wir mit zehn MandatsträgerInnen in den havelländischen Kreistag ein. Die Mitglieder unserer Fraktion sind seitdem: die Vorsitzende **Andrea Johlige**, die StellvertreterInnen **Diana Golze**, **Karl-Reinhold Granzow** und **Harald Petzold** sowie **Tobias Bank**, **Daniel Golze**, **Heidemarie**

Hinkel, **Wolfgang Hundt**, **Jörg Schönberg** und **Renate Tschirsch**. Bei seiner ersten Sitzung am 23. Juni 2014 wurde **Heidemarie Hinkel** zur stellvertretenden Vorsitzenden des neuen Kreistages gewählt. **Daniel Golze** leitet den Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Petitionen.

Manfred Bittner, **Marlis Bökemeier**, **Bernd Haselau**, **Werner Kanthack**, **Thomas Kielczynski** und **Thomas Lotsch** unterstützen unsere Fraktion als sachkundige EinwohnerInnen in den Ausschüssen. Komplettiert werden wir durch **Dirk Bökemeier**, **Bernd Martin** und **Harry Rackwitz** als Mitglieder in den Beiräten.



Tobias Bank
Wustermark
Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Kultur, Sport und Tourismus



Wolfgang Hundt
Premnitz
Ausschuss für Regionalentwicklung, Bau und Vergaben
Ausschuss für Grundsicherung und Arbeit

Daniel Golze
Rathenow

Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Petitionen
Ausschuss für Soziales, Bildung und Gesundheit



Andrea Johlige
Wustermark
Fraktionsvorsitzende
Kreisausschuss



Diana Golze
Rathenow
Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende

Harald Petzold
Falkensee
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung und Petitionen



Karl-Reinhold Granzow
Rathenow

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Kreisausschuss
Ausschuss für Regionalentwicklung, Bau und Vergaben
Ausschuss für Landwirtschaftsförderung, Umwelt und Öffentliche Sicherheit



Jörg Schönberg
Schönwalde-Glien
Wahl- und Zählkommission
Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Kultur, Sport und Tourismus
Ausschuss für Landwirtschaftsförderung, Umwelt und Öffentliche Sicherheit



Heidemarie Hinkel
Falkensee
Kreistagspräsidium
Ausschuss für Grundsicherung und Arbeit

Renate Tschirsch
Rhinow
Jugendhilfeausschuss
Ausschuss für Soziales, Bildung und Gesundheit



Preisrätsel

Für den Gewinner/die Gewinnerin des Kreuzworträtsels haben wir uns etwas ganz besonderes überlegt: Ein Erlebnistag für zwei Personen auf dem historischen Lucke-Hof in Premnitz!

Zunächst erwartet den Gewinner/die Gewinnerin eine knapp halbstündige Führung über den denkmalgeschützten Hof. Dabei gibt es dann auch 250 Jahre alte Dokumente zu sehen, die ansonsten nicht öffentlich ausgestellt werden. Danach geht's dann zum Essen in historischem Flair in die gute Stube, gereicht werden Taubenbrühe, Lammkotelett und Birnenkompott.

Wir wünschen viel Spaß beim Rätseln. Einsendeschluss ist der 28. Februar 2017.



Waagrecht: 2. Monat, 8. Angeh. eines nord. Göttergeschlecht, 10. Drehimpuls, 13. dt. Schauspieler, „Der bewegte Mann“, 14. Trennwerkzeug, 15. Nehrung vor Venedig, 16. Ölpflanze, 17. Teil d. Rades, 19. Zweikampf, 20. schmaler Übergang, 22. Flachland, 24. Offiziersrang, 27. Fehlleitung, 29. Futterpflanze, 30. Schornstein, 33. Gallert, 35. Gegenteil v. hoch, 38. Grünen-Politikerin, Bundesministerin, 40. bearbeitete Gartenfläche, 42. span. Ausruf, 43. menschl. Körper, 45. Wettkampf, 48. Gauner, 50. wichtig, bedeutend, 53. Zufluss d. Po, 54. blutsaugendes Insekt, 56. altes dt. Längenmaß, 58. Gestaltungselement d. Landschaftsarchitektur, bes. i. 18. Jh., 61. Abk. f. Kornelia, 63. Teesorte, 66. veraltete Form v. Stätte, 67. ein Mondkrater, 68. seemänn. Dienstgrad, 69. Schwimmvogel, 70. falsches Vorbild, 71. Viereckform, 72. Aufsehen, Eklat, 73. griech. Buchstabe, 74. Jahresende

Senkrecht: 1. Regierungserlass, 2. Salzlösung, 3. Klagelied, 4. Farbpatrone, 5. Bleistifteinslage, 6. Gezeit, 7. Wende b. Segeln, 8. Baumstraße, 9. Märchengestalt, 10. nordländ. Saga, 11. unfair

spielen, 12. Gesetzesbekanntgabe, 18. Mauerzunge i.d. antiken Architektur, 21. Aufgussgetränk, 23. Wurzelgemüse, 24. Teil d. math. Formel, 25. weibl. Vorname, 26. türk. Anisschnaps, 28. Weinranke, 31. Innenhof i.d. islam. Architektur, 32. Haushaltsplan, 33. thüring. Stadt, 34. Staat, 36. älteste lat. Bibelübersetzung, 37. Brennpunkt, 39. Unheil, 41. schmale Stelle, 44. Gleichmaß, 46. Herausgeber, 47. Schlangenfamilie, 49. Tafelbild, 51. Neuverfilmung, 52. Satz, Menge, 55. Begriff d. Tontechnik, 57. röm. Grenzwall, 59. ital. Schreibweise eines Vulkans, 60. Armee, 61. Düngemittel, 62. Strang zum Informationsaustausch in lebenden Körpern, 64. Verwaltungsregion in Mauretanien, 65. Titelfigur einer dän. Krimikomödie, 67. griech. Insel

Lösungswort dieser Ausgabe: die grau unterlegten Felder benennen – in der richtigen Reihenfolge gelesen – ein Thema, das für die LINKEN wichtig ist.

Der Gewinn wird unter den eingesandten Zuschriften ausgelost. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Fraktion im Kreistag Havelland

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen.

Vi.S.d.P.: Andrea Johlige

Tel.: (03321) 455603

E-Mail: kreitagsfraktion@die.linke-havelland.de

Layout u.: Fortunato Werbung

Druck: Wohnpark Rotkäppchen 1
15306 Seelow
www.fortunato-werbung.de

Auflage: 2 000 Stück

Fotos: DIE LINKE

Öffnungszeiten Fraktionsbüro:

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow

Mo., Mi., und Fr. 10.00 -12.00 Uhr

Di. 14.00 -18.00 Uhr

Do. 9.00 -12.00 Uhr

Telefon : (03385) 51 25 31

Fax : (03385) 49 45 22

